

ZBB 2005, 379

KWG § 37 Abs. 1

Zur Abwicklung unerlaubter Finanzdienstleistungen

VGH Kassel, Beschl. v. 18.05.2005 – 6 TG 497/05, WM 2005, 1604

Leitsätze:

- 1. Eine Abwicklungsanordnung nach § 31 Abs. 1 Satz 1 KWG wird durch die Bestellung eines Abwicklers nach Satz 2 der Vorschrift, dem die Befugnisse eines Geschäftsführers übertragen sind, in der Weise modifiziert, dass dieser nunmehr die Abwicklung durchführt.**
- 2. Es begegnet erheblichen rechtlichen Bedenken, in einem solchen Fall die Verwaltungsvollstreckung mit dem Ziel der Durchsetzung der Abwicklung der Geschäfte durch den Finanzdienstleister selbst fortzuführen.**
- 3. Duldungs- und Mitwirkungspflichten eines Finanzdienstleisters gegenüber einem bestellten Abwickler können im Wege des Verwaltungszwangs durchgesetzt werden.**